



Newsletter 01/23, 31. Januar 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, Ihr persönliches Jahr 2023 hat gut und gesund begonnen! Politisch ging es gleich zu Beginn des neuen Jahres hoch her und ein sehr wichtiges Thema wurde aktuell: die Wahlrechtsreform. Lange wurde sie diskutiert, mittlerweile sind sich so gut wie alle Parlamentarier:innen einig, dass der Bundestag verkleinert werden muss. Die Frage ist nur wie und hier "spalten sich die Gemüter".

Die Ampel hat der CDU/CSU-Fraktion am 15. Januar 2023 „exklusiv und vertraulich“ einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform übersandt – und ihn auch unmittelbar der Presse zugespielt. Diesen Gesetzentwurf hat die Ampelkoalition nun in den Bundestag eingebracht und er wurde in erster Lesung beraten.

Kern des Vorschlags der Ampel ist eine feste Begrenzung des Bundestages auf 598 Abgeordnete unter Beibehaltung von 299 Wahlkreisen. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese Direktmandate „gekappt“. Mit anderen Worten: ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. Manche Wahlkreise werden so keine direkt gewählte Vertretung in Berlin mehr haben, obwohl es eigentlich eine:n "Stimmensieger:in"

vor Ort gibt. Die Bürgerstimme - Menschen wählen Menschen - wird also massiv entwertet und das Demokratieprinzip zumindest in Frage gestellt. Abgesehen von den Auswirkungen vor Ort: Es ist eine weiter fortschreitende Politikverdrossenheit bei Bürgerinnen und Bürgern zu erwarten, während Kandidatinnen und Kandidaten sich wohl vor allem auf die Positionierung innerhalb der Partei fokussieren und die Belange des Wahlkreises als nachrangig einordnen werden. So erzieht man Parteisoldatinnen und -soldaten. Eine äußerst nachteilige Entwicklung für unsere Demokratie. Zumal die Ampel so das jahrelang erfolgreiche personalisierte Verhältniswahlrecht ohne Not "über Bord wirft".

Wir wollen jedoch trotz unserer Kritik konstruktiv an einer Reform mitarbeiten und verhandeln auf verschiedenen Ebenen mit der Ampel über einen möglichen gemeinsamen Weg hin zu einer Wahlrechtsreform, welche die Bürgerstimme erhält und die Größe des Deutschen Bundestags spürbar reduziert. Und wir haben nun bereits den zweiten Gegenvorschlag eingereicht, der ebenfalls Ende Januar in erster Lesung beraten wurde. Darin haben wir fünf Punkte für einen Kompromiss formuliert. Mit unseren Vorschlägen erhalten wir den Wert der Bürgerstimme. Wir stellen sicher, dass jeder Wahlkreis und damit jede:r Bürger:in weiterhin eine:n Wahlkreisabgeordnete:n in Berlin hat. Der Deutsche Bundestag würde mit unseren Vorschlägen dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert. Die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate würde so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen. Dieses Wahlrecht wären wir bereit, in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen. Leider hat die Ampel auch diesen Vorschlag zurückgewiesen.

Unsere fünf Punkte lauteten:

1. Reduzierung der Wahlkreise auf 270.
2. Anhebung der Anzahl der Listenmandate auf 320.
3. Bis zu 15 Überhangmandate bleiben unausgeglichen.
4. Überhangmandate einer Partei in einem Bundesland werden wie bisher mit Listenmandaten der gleichen Partei in anderen Bundesländern verrechnet.
5. Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens fünf Wahlkreisen einen Sitz errungen haben.

Dass der Ampel-Plan völlig verzerrende Wahlergebnisse erbringt, zeigt ein Blick in meinen Wahlkreis Lörrach-Müllheim: Ich bin 2021 als Direktkandidatin für diesen Wahlkreis mit rund 6.000 Stimmen mehr als der nächste Kandidat in den Bundestag eingezogen. Mein Erststimmenergebnis als direkt gewählte Abgeordnete betrug 25,25%. Mein über die Liste eingezogener Mitbewerber von der SPD, Takis Mehmet Ali, erhielt 21,76%, Christoph Hoffmann von der FDP 14,2%.

Obwohl ich 16 % mehr Stimmen als Takis Mehmet Ali, 22 % mehr als der Kandidat der Grünen und 78% mehr als der viertplatzierte Christoph Hoffmann erhalten habe, wäre ich nach den Ampel-Plänen nicht in den Bundestag eingezogen. Eingezogen wäre nur der viertplatzierte Mitbewerber von der FDP. Sie denken, das ist eine Missachtung des Wählerwillens und verstößt gegen das konstitutive Mehrheitsprinzip? Nach dem Willen der Ampel ist das richtig und demokratisch!

Hoffen wir, dass bei diesem Thema das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und dass die Ampel-Koalition die massiven Schwachstellen ihres Plans erkennt und wir am Ende einen

guten Kompromiss finden, der das Gewicht der Bürgerstimme erhält.

Ihre



Neues aus dem Bundestag



Plenarwoche 16. Januar - 20. Januar

In der ersten Plenarwoche im neuen Jahr standen gleich zwei wichtige Gesundheitsthemen auf der Agenda des Plenums.

Unser Leitantrag der Woche beschäftigte sich mit dem Thema der Arzneimittelknappheit: "Beschaffungsgipfel jetzt einberufen – Versorgungssicherheit für Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln gewährleisten".

Die Versorgungslage mit Medikamenten hat sich in den Wintermonaten massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente sind flächendeckend kaum noch erhältlich oder nur mit hohem Aufwand zubekommen. Besonders in Fokus geriet die Problematik um Weihnachten, als die vermehrt aufgetretenen Fälle von Erkältungs- und Grippeerkrankungen aufzeigten, dass beispielsweise Fieber- und Hustensäfte für Kinder kaum noch erhältlich waren. Dies stellt insbesondere Familien mit kleinen Kindern, aber auch Krebspatienten vor große

Herausforderungen. Ursache für Lieferengpässe ist insbesondere die Produktionsverlagerung und -konzentration von Arzneimitteln oder deren Grundstoffen in asiatische Länder.

In der vergangenen Wahlperiode wurden von der Union bereits Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen (insb. im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und im „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs“). Statt hier anzusetzen, hat die Ampel den Apothekerinnen und Apothekern sowie der pharmazeutischen Industrie im GKV-Stabilisierungsgesetz weitere Belastungen auferlegt. Diese Belastungen verschärfen die Situation. Die Untätigkeit der Bundesregierung beim Thema Arzneimittelsicherheit gefährdet die Sicherheit von Patientinnen und Patienten in Deutschland. Seit über einem Monat haben wir von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen gefordert, um die täglichen Versorgungsempässe bei wichtigen Arzneimitteln zu beheben. Außer Ankündigungen langfristiger Regelungen und der zweifelhaften Aufhebung bestimmter Festbeträge ist jedoch noch nichts passiert. Doch gehandelt werden muss jetzt! Wir haben die Bundesregierung daher insbesondere dazu aufgefordert,

- unverzüglich einen Beschaffungsgipfel einzuberufen, der sich mit der kurz- und mittelfristigen Beschaffung und Verfügbarkeit von lebenswichtigen Arzneimitteln befasst,
- ein nationales Frühwarnsystem bzgl. möglicher Lieferengpässe mit entsprechender Datenbank zu etablieren,
- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wichtige Arzneimittel wieder primär in Europa produziert und Reserven aufgebaut werden (auch bei Apotheken und Großhändlern).

Die bereits in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebrachten Maßnahmen müssen weiterentwickelt werden. Das geht aber nur im Dialog mit allen Beteiligten. Die Beschaffung von Medikamenten muss jetzt Chefsache werden. Bereits im vergangenen Herbst hat die CDU/CSU-Fraktion die Eingriffe der Ampel bei Finanzierungen von Innovationen oder von Medikamenten für seltene Erkrankungen massiv kritisiert. Unseren Antrag finden Sie [hier](#).

Ein weiterer wichtiger gesundheitspolitischer Antrag beschäftigte sich mit der Erkrankung ME/CFS: "ME/CFS-Betroffenen sowie deren Angehörigen endlich helfen – Für eine bessere Gesundheits- sowie Therapieversorgung, Aufklärung und Anerkennung". ME/CFS ist eine schwerwiegende Erkrankung, die zu krankhafter Erschöpfung (Fatigue) und Verschlechterung der Symptome nach jeglicher Anstrengung (Post-Exertional Malaise) führt. Die Erkrankung ist in Deutschland weder anerkannt noch ausreichend erforscht. Die Betroffenen leiden nicht nur an den Symptomen, sondern oft auch unter einer quälend langen Unsicherheit, bis überhaupt eine Diagnose erstellt werden kann.

Die Anzahl der weltweit Erkrankten wird auf 17 bis 24 Millionen Menschen geschätzt. ME/CFS schränkt die Lebensqualität der Betroffenen stark ein. Obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ME/CFS bereits 1969 als neurologische Erkrankung klassifiziert hat, gibt es bis heute keine zugelassene kurative Behandlung oder Heilung. Bereits vor der COVID-19-Pandemie waren in Deutschland mindestens eine Viertelmillion Menschen betroffen; darunter ca. 40.000 Kinder und Jugendliche. Die Pandemie hat diese Situation noch einmal verschärft. Es bedarf dringend flächendeckender, interdisziplinärer und umfassender Versorgungsstrukturen, um das Leid so vieler Menschen in Deutschland zumindest schnell zu mildern. Dafür muss eine gute medizinische sowie pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Dringend bedarf es ebenfalls der klinischen Prüfung und

Zulassung von Medikamenten, um die Erkrankung ursächlich zu behandeln. Wir haben die Bundesregierung daher aufgefordert

- ihren Umgang mit der Erkrankung ME/CFS grundsätzlich auf eine neue Basis zu stellen. Neben einem flächendeckenden Netz zur Versorgung brauchen die Erkrankten und ihre Angehörigen auch konkrete Angebote zur Unterstützung.
- passgenaue und bedarfsorientierte Versorgungsstrukturen aufzubauen.
- die Forschung zu dieser Erkrankung auszubauen.

Diesen Antrag können Sie [hier](#) nachlesen.



Plenarwoche 23. Januar - 27. Januar

Unser Leitantrag der Woche lautete: „Eine europäische Antwort auf das U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“.

Anfang des Jahres ist in den USA ein Gesetz zur Inflationsbekämpfung (Inflation Reduction Act) in Kraft getreten. Dieses sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien in den USA vor. Einige Regelungen in dem Gesetz verknüpfen Vergünstigungen mit dem Erfordernis einer Produktherstellung in Nordamerika („Buy American“- oder „local content“-Anforderungen). Dies hat zu erheblichen Spannungen im transatlantischen Verhältnis geführt und in der EU Sorgen über die Zukunft des Investitionsstandorts Europa ausgelöst. Es werden Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika befürchtet. Die EU-Kommission arbeitet seit Herbst letzten Jahres in Gesprächen mit der US-Regierung daran, die Diskriminierung europäischer Unternehmen bei der Anwendung des Gesetzes möglichst gering zu halten. Die Suche nach Lösungen zur Abmilderung einer Benachteiligung europäischer Unternehmen durch „Buy American“- oder „local content“-Anforderungen des Gesetzes soll in den kommenden Monaten in Verhandlungen fortgeführt werden. Die deutsche Bundesregierung tut sich in diesem Prozess bis dato mit Sprachlosigkeit hervor. Ein Vorschlag der EU-Kommission zur Reaktion auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung ist für den 1. Februar 2023 angekündigt.

Angesichts der Förderung der Industrie in Nordamerika und den hier stark gestiegenen Energiekosten muss Europa seine Standortbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung.

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Dazu zählt ein nationales und europäisches Belastungsmoratorium, eine Vertiefung insbesondere der transatlantischen Handelsbeziehungen und das gezielte Anreizen von Innovation und Investitionen in Europa.

Außerdem gab es auf unsere Initiative hin am 25. Januar im Plenum die Aktuelle Stunde „Leopard-Blockade der Bundesregierung beenden – Kein Vertrauen bei Verbündeten verspielen“.

Die Bundesregierung hat trotz monatelanger Diskussion, einem ergebnislosen Hin und Her bis Ende Januar keine Entscheidung über die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine getroffen. Die Kritik innerhalb des Kreises der Verbündeten und der eigenen Koalition wurde immer schärfer. Wieder einmal sagte der Kanzler zum Thema lange nichts. Diese Strategie- und Kommunikationsunfähigkeit ist in der Zeitenwende ein klares politisches Versagen. Dann wurde jedoch vom Bundeskanzler im Rahmen der Regierungsbefragung angekündigt, nun zwei Panzer-Bataillone mit Leopard-2-Panzern für die Ukraine zusammenstellen zu wollen. Dazu soll Deutschland in einem ersten Schritt eine Kompanie mit 14 Leopard-2-A6-Panzern zur Verfügung stellen, die aus Beständen der Bundeswehr stammen. Weitere europäische Partner werden ihrerseits Panzer vom Typ Leopard-2 übergeben.

Es ist im direkten strategischen Interesse Deutschlands, dass die Ukraine sich gegen Russland behauptet. Sicherheit in Europa wird es auf absehbare Zeit nur geben können, wenn die politische und militärische Abwehr des russischen Großmachtstrebens gelingt. Mit seinem Zögern und Zaudern hat der Bundeskanzler den bereits bestehenden außenpolitischen Reputationsschaden des letzten Jahres weiter gesteigert. Dass die Entscheidung nun endlich getroffen wurde, ist auch ein Erfolg von uns als Opposition, indem wir immer wieder auf die Entscheidung zur Lieferung gedrängt haben.



Enttäuschende Antwort der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage "Psychotherapeutische Versorgung in Deutschland"

Die CDU/CSU-Fraktion hat Ende 2022 eine Kleine Anfrage zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland an die Bundesregierung gestellt. Für mich als zuständige Berichterstatterin ein besonders wichtiges Thema. Leider blieb eine konkrete Antwort aus:

Anstatt die viel zu langen Wartezeiten auf einen psychotherapeutischen Behandlungsplatz anzuerkennen, zitiert die Bundesregierung in ihrer Antwort eine fragwürdige Umfrage vom Spitzenverband "Bund der Krankenkassen", die mit nachweislich falschen Daten arbeitet und von der Bundespsychotherapeutenkammer (BptK) vehement kritisiert wurde. Die BptK hat auf Basis der Abrechnungsdaten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung errechnet, dass Versicherte durchschnittlich 142 Tage auf eine psychotherapeutische Behandlung warten! Eine vehemente Versorgungslücke!

Obwohl sich die Häufigkeit psychischer Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen kaum unterscheidet, gibt die Bedarfsplanung für Regionen außerhalb von Großstädten eine deutlich geringere Psychotherapeutendichte vor. Es ist nicht zu

erklären, warum die Menschen im ländlichen Raum in der Bedarfsplanung systematisch benachteiligt werden. Dies muss sich ändern!

Problematisch ist auch die Aussage der Bundesregierung, dass eine Wohnortnähe des Behandlungsorts keine Relevanz hat. Klar ist: Entfernung stellt eine Hürde im Zugang zur Versorgung dar, insbesondere für Kinder und Jugendliche, ältere und sozial benachteiligte Menschen. Dies sollte von der Bundesregierung auch mit Blick auf die Symptomatik einer psychischen Erkrankung, die es Patient:innen oft erschwert, lange und kostenaufwändige Anfahrtswege zu bewältigen, anerkannt werden!

Wir brauchen explizit zusätzliche Psychotherapeut:innen-Sitze. Schon lange notwendig ist eine Reform der Bedarfsplanungs-Richtlinie!

Ich fordere, einen Runden Tisch zur Zukunft der psychotherapeutischen Versorgungslänge mit allen relevanten Akteuren und mit dem Ziel, die Versorgungssituation in Deutschland zu verbessern. Dieser sollte auch dazu beitragen, die bestehenden Angebote im psychosozialen mit dem ambulanten und stationären Bereich besser zu verknüpfen.



Interview "50Metermit" der Techniker Krankenkasse

Nadia Mussa, Leiterin der Landesvertretung der Techniker Krankenkasse Baden-Württemberg, hat mir folgende Fragen gestellt:

1. Ein Jahr Ampel-Koalition: Wie sieht Ihr Fazit für die Gesundheitspolitik aus?
2. Welche Schwerpunktthemen sind in der Gesundheitspolitik anzugehen und wurden bisher versäumt?
3. Was sind Ihre gesundheitspolitischen Ziele für die nächsten drei Jahre?

Auf meinem [Youtube-Kanal](#) können Sie die Interviews ansehen.

! Auch weitere Interviews sowie meine Plenarreden im Deutschen Bundestag finden Sie hier!

Neues aus dem Wahlkreis



„Weibergeschichten - eigene Lebenswege zum Erfolg“: Das neue Projekt der Frauen Union Kreis Lörrach!

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – und die Erkenntnis wächst, dass Führungsgremien in Politik und Wirtschaft in gemischten Teams besser arbeiten. Dennoch klaffen Recht und Lebenswirklichkeit zum Teil deutlich auseinander. Eine Ursache liegt auch darin, dass Frauen eher zögern, ein politisches Amt oder eine Führungsposition anzustreben. Nicht selten trauen sie sich weniger zu als sie können.

Die Frauen Union Lörrach hat sich zum Ziel gesetzt, das Interesse von Frauen aus allen Bereichen der Gesellschaft für mehr politisches Engagement zu wecken.

Mit dem Projekt „Weibergeschichten“ wollen wir mit erfolgreichen Frauen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ins Gespräch kommen, sie persönlich nach Lörrach einladen oder auch in digitalen Formaten zu Wort kommen lassen. Die Auftaktveranstaltung im Werkraum Schöpflin unter der Leitung von Gudrun Heute-Bluhm, Vorsitzende der Frauen Union des CDU Kreisverbandes Lörrach, mit Constanze Wehner, Mitglied des Vorstands der Schöpflin Stiftung und mir war sehr gut besucht. Leider konnte Annette Widmann-Mauz MdB, Staatsministerin a.D. und Bundesvorsitzende der Frauen Union, kurzfristig nicht teilnehmen.

Mit dem Projekt wollen wir Vorbilder für Frauen, neudeutsch „role models“, aufzeigen, z.B.:

- Frauen, denen man nacheifern möchte.
- Frauen, die zeigen, wie „normale“ Frauen den Spagat bewältigen.
- Frauen, die ihre Talente in unterschiedlichen Bereichen einbringen.
- Frauen, die zeigen, dass Engagement in öffentlichen Ämtern Freude bereitet.
- Frauen, die Unternehmerinnen sind.

- Frauen, die mit ihrem Wirken unsere Gesellschaft voran bringen.
Ich freue mich schon auf unsere nächsten Veranstaltungen dieser Reihe und die Bekanntschaft mit vielen tollen, engagierten Frauen!



**natürlich.für Sie.engagiert: Gespräch zu fehlenden Fachkräften im neuen
Seniorenzentrum in Neuenburg**

Mit dem Vorstandsvorsitzenden des Caritasverbands für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald e.V., Jochen Kandziorra, habe ich im neuen Seniorenzentrum in Neuenburg am Rhein über den Mangel an Arbeitskräften in der Pflege gesprochen.

Mehrere wichtige Punkte haben sich auch bei diesem Austausch wieder bestätigt:

- die großen Schwierigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Pflegefachkräfte: Auch Geschäftsführer Kandziorra kritisiert die langen Wartezeiten für einen Termin an der deutschen Botschaft im Heimatland der Pflegekräfte, die langwierigen Anerkennungsverfahren auf Landesebene und den sehr bürokratischen Aufwand, wenn Qualifizierungen und Zertifizierungen nachgeholt werden müssen.
- Anerkennung der Kosten für die Qualifizierung von ausländischen Pflegefachkräften: Diese müssen dringend von den Kostenträgern anerkannt werden. Denn oftmals werden die Fachkräfte nach erfolgter Qualifizierung von einem Träger, z.B. Pflegeeinrichtung, von anderen Trägern, z.B. Krankenhäusern, abgeworben.
- Pflegehilfskräfte: Neben den Pflegefachkräften müssen auch die Pflegehilfskräfte als Mangelberuf gelistet werden. Nur so können ausländische Pflegefachkräfte eine Bleibeperspektive als 1-jährige Pflegehilfskraft erhalten.
- Leiharbeitsfirmen: Viele Einrichtungen können ohne die Pflegekräfte aus Leiharbeitsagenturen den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten. Die Träger der Altenhilfe stehen mit dem Rücken zur Wand und müssen sich dem Diktat der Leiharbeitsfirmen unterwerfen. Diese Pflegekräfte kosten das Dreifache von dem, was eine angestellte Fachkraft kostet, die aber flexibler sein muss und für alle Dienste eingesetzt werden kann. Hier braucht es eine rechtliche Regelung, sonst ist Pflege für niemanden mehr bezahlbar! Außerdem zahlt eine Einrichtung auch noch Mehrwertsteuer auf die Leiharbeit, was beim Staat als Einnahme verbleibt. Auch das muss angegangen werden!

Augenblicke



...Auszeit bei einem Frühstück mit Freundin ...zum Infogespräch im Autopark Böhler, Thema: Wasserstoff als Antrieb...



...Gespräch mit Petra Hauser, Stephanie Grün, Sarah Sprenger und Katrin Huber der Caritas Hochrhein am Standort Rheinfelden zu den Themen Migration, Integration, Sprachkita und ambulante Pflege ...mit meinem MdB-Vorgänger und heutigem Staatsminister des Innern von Sachsen, Armin Schuster, beim Neujahrsempfang in Weil am Rhein...



...Begrüßung des neuen Jahres auf der Terrasse des Reichstages ...Besuch von Familie Kohistani aus dem Wahlkreis bei mir in Berlin...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Mittwoch, 01. Februar: Der japanische Generalkonsul besucht mich in meinem Wahlkreis

Mittwoch, 01. Februar: Gespräch mit dem Jugendrat Lörrach

Freitag, 03. Februar: Politischer Jahresauftakt bei der CDU Bad Bellingen, Erfringen-Kirchen & Schliengen

Samstag, 04. Februar: Aufsichtsratsklausur der Caritas Hochrhein & Bezirksvorstand Frauen Union

06. Februar - 10. Februar Plenarwoche Bundestag Berlin

Samstag, 11. Februar: Energietour des CDU-Kreisvorstands am Hochrhein bei der EnergieDienst AG

Samstag, 11. Februar: Landesvorstand Frauen Union Baden-Württemberg

Sonntag, 12. Februar: Fasnachtsumzug Binzen

Montag, 13. Februar: Runder Tisch "Anerkennung von ausländischen Fachkräften" im Ministerium für Justiz und Integration, Stuttgart

Mittwoch, 15. Februar: Kreistag Fraktionssitzung

Mittwoch, 15. Februar, 17:30 Uhr: DialogWERKSTATT "Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland - Nachfrage reduzieren mit dem Nordischen Modell?!"

Den Link zur Veranstaltung finden sie auf meiner [Homepage](#). Sie sind herzlich eingeladen!

Donnerstag, 16. Februar: Gespräch mit Prof. Jäger, Rektor der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Lörrach

Freitag, 17. Februar, 15:30 Uhr: Gespräch mit der Kreissenoren-Union, Steinen

Sonntag, 19. Februar: Fasnachtsumzug Lörrach

Dienstag, 21. Februar, 17 Uhr: Gespräch mit Senioren-Union Schopfheim

Donnerstag, 23. Februar: Gespräch mit Vertretern des Kreisklinikums Lörrach

Donnerstag, 23. Februar, 17:30 Uhr: „Sicherheit und Stabilität für Europa - Für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet!?" mit Roderich Kiesewetter MdB, krisenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurhaus - Bad Bellingen. Sie sind herzlich eingeladen!

Samstag, 25. Februar: Teilnahme an Übung der Bergwacht am Feldberg

Plenarwoche Bundestag Berlin

27. Februar - 03. März Plenarwoche Bundestag Berlin

Dienstag, 28. Februar, 18 Uhr: DialogWERKSTATT "Wasserstoff als Treiber einer neuen, grünen Zukunft!? - Bedeutung für die Wirtschaft im Dreiländereck"

Den Link zur Veranstaltung finden sie auf meiner [Homepage](#). Sie sind herzlich eingeladen!

Dienstag, 28. Februar: Digitale Sitzung des Arbeitskreises "Gesundheit & Pflege" Südbaden



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de